



Kommunen als zentrale Instanz einer erfolgreichen Energiewende

dena-Studie zu Lösungsansätzen und Handlungsempfehlungen an die Politik, um Kommunen als zentrale Umsetzungsinstanz der Energiewende zu stärken

Für das Gelingen der Energiewende braucht es die Kommunen. Sie spielen eine Schlüsselrolle in der Transformation. Vielerorts scheitern jedoch lokale Projekte, vielversprechende Konzepte bleiben ungenutzt. Die **dena-Studie „Kommunen als zentrale Umsetzungsinstanz einer erfolgreichen Energiewende“** analysiert die zentralen kommunalen Handlungsfelder und arbeitet detailliert heraus, wie sich Prozesse optimieren ließen.

Analyse auf vier Ebenen

Die Studie gliedert sich in vier Teile und drei Gutachten. Die **dena** liefert zunächst einen Überblick über die kommunalen Handlungsfelder und identifiziert die Hemmnisse bei der Gestaltung und Umsetzung lokaler Aufgaben und Maßnahmen für die Transformation. Sie leitet daraus konkrete **Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen** an die Politik auf Bundesebene ab. Es wurden folgende für das

Funktionieren kommunaler Systeme und die Gestaltung ihrer Handlungsspielräume zentrale **vier Handlungsebenen** untersucht:

- Der übergeordnete Handlungsrahmen
- Politisch-administrative Prozesse & Interaktionen
- Organisationsstrukturen & Entscheidungsprozesse
- Ressourcen & lokale Rahmenbedingungen

Im Zusammenspiel ergeben sich **drei Zielkonflikte**:

- zwischen der Organisation und den Ressourcen
- zwischen der Organisation und der lokalen Politik
- zwischen den Rahmenbedingungen und der Realität auf kommunaler Ebene

Beispielsweise prallen nationale Rahmenbedingungen und die lokale Umsetzungspraxis aufeinander – fehlende finanzielle Mittel und mangelnde Planbarkeit stehen der wachsenden Aufgabenfülle in den Verwaltungen entgegen.

Instrumente und Prozesse optimieren, Barrieren abbauen, kommunale Handlungsspielräume erweitern

Die dena erachtet zum Beispiel folgende Maßnahmen als notwendig:

- Die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit einem **Bund-Länder-Dialog** neu auszurichten und Vor-Ort-Realitäten in der Gesetzgebung angemessener zu berücksichtigen
- Mit einem **Kommunale-Realisierbarkeit-Check** die Umsetzbarkeit von Vorgaben kritisch zu prüfen und Entbürokratisierungsmaßnahmen zu identifizieren
- Mit einem **kommunalen Innovationsbonus** die Innovationskraft vor Ort zu fördern
- Mit **Förderprogrammen** die Gründung regionaler Energie- und Wertschöpfungsagenturen zu unterstützen und Mittel für Stellen sicherzustellen
- Darüber hinaus braucht es **eine Plattform „Lokale Energie“ zur Vernetzung** der relevanten Akteure wie Stadtwerken oder Energiegenossenschaften.

Weitere Hemmnisse und Lösungsansätze werden ausführlich betrachtet und formuliert.

Vertiefende Gutachten

Drei umfangreiche Gutachten beleuchten die jeweiligen Fragestellungen vertiefend:

- Das **Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (KOWID)** liefert Einblicke in die kommunale Haushaltspolitik und in Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen und analysiert die organisatorischen Rahmenbedingungen des kommunalen Klimaschutzes. Es zeigt Herausforderungen und Handlungsspielräume dafür auf, wie die Aufgabe effektiver in kommunale Verwaltungsformen eingebunden werden kann. Noch werde dies etwa durch die Komplexität der Thematik und infolge von kommunal-politischen Entscheidungsprozessen erschwert. Folglich soll laut dem Gutachten versucht werden, geeignete Maßnahmen in die bestehenden Strukturen, das heißt zum Beispiel in Verfahrensabläufe und Verwaltungsprozesse, zu integrieren.

- Das **Institut Wohnen und Umwelt (IWU)** beleuchtet konkret Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsinstrumente und -prozesse im Gebäudebereich. Es beschreibt die Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen in Kommunen, untersucht Hemmnisse wie Fachkräftemangel und fehlende Interkommunikation und gibt Empfehlungen zur Prozessoptimierung und Kapazitätsstärkung. Erfolgversprechende Instrumente für die Modernisierung von Bestandsgebäuden wie Förderung und Satzungen werden der Untersuchung zufolge noch unzureichend genutzt, u. a. aufgrund ungenügender Koordination zwischen Ämtern und Stellen sowie komplizierter und aufwendiger Planungsprozesse.
- Die **Rechtsanwälte Günther Partnerschaft** untersucht die rechtlichen Vorgaben für Kommunen in Bezug auf die Energiewende und den Klimaschutz, unter anderem Planungsaufgaben (z. B. Bauleitplanung), öffentlich-rechtliche Aufgaben (z. B. Wärmeplanung) und Vorgaben für die Dekarbonisierung des Verwaltungsbereichs (z. B. Gebäude). Ein Dilemma etwa bestehe darin, dass es für die Länder kaum Anreize gibt, den Kommunen Pflichtaufgaben zu übertragen, weil sie sie finanzieren müssten. Ohne den Status „Pflichtaufgabe“ ist die Finanzierung für Kommunen aber schwer kalkulierbar und hängt von Fördermitteln ab.

Ländersteckbriefe für die Kommunen

Das Rechtsgutachten wird um 16 Ländersteckbriefe zu den kommunalen Aufgaben und einen Steckbrief mit den Vorgaben des Bundes ergänzt.

Kostenfreier Download

Die Studie und die Steckbriefe sind online verfügbar: www.dena.de/infocenter/kommunen-als-zentrale-umsetzungsinstanz-einer-erfolgreichen-energiewende



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) unterstützt die Bundesregierung in verschiedenen Projekten zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele im Rahmen der Energiewende.

KONTAKT

Susanne Schmelcher
Leiterin Quartier & Stadt

Tel.: +49 30 66 777-720
E-Mail: susanne.schmelcher@dena.de

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
Chausseestraße 128 a
10115 Berlin

www.dena.de | Stand: 06/2025

Alle Rechte sind vorbehalten. Die Nutzung steht unter dem Zustimmungsvorbehalt der dena.